

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)

Redaktion: Wilhelmstraße 114, II. Leipzig; Postfach 1334.
Expedition: Mitterstraße 51 (Leipzig).

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abonnementspreis monatlich 1,50 RM.
Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareille-Zeile 75 Pf.,
kleine Anzeigen Nebenschriftgröße 80 Pf., jede weitere Zeile 15 Pf.

An die Leser!

Donnerstag, den 16. Januar, erschien die letzte Nummer der „Roten Fahne“.
Als sie erschien, lagen schon die ermordeten, die ihre letzten Zeilen geschrieben: Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Maschinengewehre und Karabiner hielten Hauseingänge und Fenster der Druckerei unter Feuer, in der die „Rote Fahne“ hergestellt wurde.

Die Aufstiege der letzten Nummern der „Roten Fahne“ wurden zum größten Teil von irgend einem Leutnant der Eberischen weißen Garde „beschlagnahmt“.

Die Verbreiter der wenigen Exemplare, die der Konfiskation entgangen waren, wurden tödlich bedroht von der Soldateska.

Die Redaktionsräume wurden militärisch besetzt. Die Redakteure wurden wie wilde Tiere gejagt und gehetzt. Alles das geschah im Namen der Pressefreiheit, der Demokratie, der Ordnung.

Die letzten Worte der „Roten Fahne“ waren flammende Anklage gegen die Würger der Revolution, aber auch mitten im Wüten des weißen Schreckens die unbedingte Zuversicht auf den ehernen Siegesgang der Revolution.

In denselben Worte, mit denselben Losungen, mit denen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg die Feder aus der Hand legten, nimmt die „Rote Fahne“ sie wieder auf.

Wieder mit der Regierung Ebert-Scheidemann, den Schlichtern der Bourgeoisie! Wieder mit der Nationalversammlung, die durch den weißen Schrecken aus der Kasse gehoben wurde.

Alle Macht den revolutionären Arbeitern und Soldaten!

An unsere Organisationen.

Im Anschluss an die Berliner Ereignisse, die großen Teile falsch dargestellt und beurteilt werden und auf die wir in den nächsten Tagen ausführlich eingehen werden, glauben wir folgende Auffassung fundieren zu müssen:

Die mit mächtigen Schritten herannahende proletarische Revolution hat nicht zum Ziele den Sturz der Ebert-Scheidemann-Noste und deren Ersetzung durch irgend eine andere Personenclique, sondern hat zum Ziele die Durchführung des Sozialismus schlechthin. Wir stehen auf dem Boden unseres Programms, wenn wir sagen: Die Machtübergang durch das Proletariat und die Durchführung des Sozialismus hat zur Voraussetzung, daß die überwiegende Mehrheit des Proletariats sich zum Willen hindurchringt, die Diktatur zu ergreifen.

Wir glauben nicht, daß dieser Augenblick schon gekommen ist. Wir glauben, daß die Entwicklung der nächsten Wochen und Monate erst das Proletariat als Gesamtheit zu der Auffassung wird heranreifen lassen, daß nur in seiner Diktatur sein Heil liegt.

Die Regierung Ebert-Scheidemann lauzert auf die Gelegenheit, diese Entwicklung in Blut zu ersticken. Wie in Berlin, wie in Bremen wird sie versuchen, Revolutionsherde einzeln zu ersticken, um so der allgemeinen Revolution zu entgegen. Das Proletariat hat die Pflicht, die Provokation zu Schanden zu machen, indem es vermeidet, in bewaffneter Aufständen den Henkern Opfer freiwillig anzubieten.

Es gilt vielmehr, bis zu dem Augenblick der Machtübergang die revolutionäre Energie der Massen in Demonstrationen, in Versammlungen, in Propaganda, in Agitation und Organisation aufs Höchste zu steigern, die Brandmarkung der Ebert-Scheidemann mit allen Mitteln fortzusetzen, die Massen in immer größerem Umfang zu gewinnen und die Geister bereit zu machen für die kommende Stunde. Vor allem ist überall auf **Neuwaschung** der Arbeiterräte zu dringen unter der Parole:

**Heraus mit den Ebert-Scheidemann
heraus aus den Arbeiterräten! Her-
aus mit den Henkern!**

Die Zeit arbeitet für uns; die Ebert-Scheidemann lassen für ihr Begräbnis selber. Die Stunde unseres Sieges naht!

Wieder mit Ebert-Scheidemann!
Es laßt die proletarische Bewegung
funktion!

**Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Spartakusbund)**

Trotz alledem.

Das waren die Worte, die Karl Liebknecht zuletzt hier schrieb. Dann kam das entsetzliche Verbrechen, der vielstimmige rohe Wut an ihm und an Rosa Luxemburg, es kamen die Verhaftungen und Durchsuchungen, die Beschlagnahmen und Plünderungen, die zurückgehaltenen Revolver und die geschleuderten Handgranaten; es kam alles so, wie wenn die Stützen der Ordnung ihre Ordnung herstellen. Und dann kam das, was die Ebert-Scheidemann unter Freireiheit verstehen, die Freiheit der Verleumdung für die ganze Meute, von der „Deutschen Tageszeitung“ steigend bis zum „Vorwärts“, eine durch nichts unterbrochene Gehe und Lüge feißt gegen die Opfer, und für uns, die Angegriffenen, die Verleumdeten, die Beschudelten, ein Schweigen von drei Wochen.

Fürwahr, wenn es möglich wäre, eine im Volke tief wurzelnde Bewegung mit dem Schießpulver und der Pistole, mit Handgranaten und mit Lügen zu zerschlagen: die Ebert-Scheidemann stünden heute als Sieger da. Und wir sagen es ihnen heute ins Gesicht: die Kommunisten von Berlin, die Proletariatskämpfer von Deutschland, sind heute schon die Geschlagenen. Sie haben sich, gleich ihrem Abgott Eudendorff, an Tode gesiegt.

Gewiß, die alten Wahlstrategen in der Vindensstraße schweben in Wonne. Sie können das Zählens kein Ende finden, so viel Stimmen haben sie bekommen in den Nationalversammlungswahlen, in denen zum Reich und in denen zum Lande, Eise über Eise haben sie bekommen und sie werden in Weimar als geschlossene Herde auftreten können, wie eine amerikanische Reisegesellschaft.

Und das Blut, das sie auf den Straßen Berlins geloset haben, macht sie lästern nach weiterem Blut. Sie lästern ihre Schergen nach Bremen. Dort ist keine Unruhe auf den Straßen, kein Schreien auf den Plätzen. In Ruhe geht alles seinen gewohnten Gang und nur ein zies ist geschehen: die proletarischen revolutionären Elemente haben dort in der Arbeiterkammer die Mehrheit erlangt und haben die Mehrheit dazu benutzt, wozu sie von Gottes und Rechts wegen und nach den von den „Mehrheits“parteiern selbst verkündeten Befehlen berechtigt waren. Sie haben die Macht ergriffen. Aber die Solidarität des Kapitalismus duldet keine Kreden. Im kapitalistischen Deutschland muß ein proletarisch regiertes Bremen von der Erde vertilgt werden: die Warden des Kapitalismus in der Wilhelmstraße werden zu neuem Centerwerk befohlen und General Noste, der Arbeiter Noste beliebt er sich zu heißen, leitet aus der Wilhelmstraße eigenhändig den Feldzug.

Nun Bremen — gegen den Willen der Center ohne Blutvergießen — erliegt ist, wird Herr Noste neue Kriegsschauplätze finden, auf denen seine Scharen die Vorbeeren finden werden, die ihnen in Frankreich und in Belgien versagt blieben. Die Revolution wird weiter arbeiten, und wo irgend ein Feuerbrand sich zeigt, werden Nostes Herden erscheinen, um im Blut ihren Mut zu kühlen und den Brand zu ersticken. Alles ist bereit: die Prekors Ostow und Hülsen und alle Hegemonen mit Eisenlaub am Kragen und Totenköpfen über der Stirn stehen gegen den äußeren und gegen den inneren Feind, die Offiziere gehen stolzen Ganges durch die Straßen, die Bankiers atmen erleichtert auf, in den großen Hotels läßt man den abgedankten Kaiser leben, Adressen flattern hinüber nach Amerongen, die Justiz bereitet einen Justizhandlung vor, wie ihn selbst das von früher nicht verwöhnte Deutschland nicht gesehen hat, Unternehmer schmelen die unbeliebten und jetzt überflüssigen Arbeiter auf die Straße, Betriebe werden militärisch besetzt, Arbeitslose als Arbeitslöhne mit Hunger und mit Gefängnis bedroht, Entziehung der Lebensmittelferten gegen Streikende ein Scharlach. Aber den selbst ein Jagow errietet wäre: wo hat je unter Wilhelm von Hohenzollern die Bourgeoisie solches Uebelmaß von Niedertracht und Brutalität angewendet, wie es Ebert-Scheidemann-Noste jetzt angewendet im Begriffe sind? Wo es bisher mit Dinten geschlichtet wird, da soll das Proletariat jetzt mit Störpfeilen geschlichtet werden.

Gestrenge Herren regieren nicht lange. Der Zustand der Ebert-Scheidemann ist kein unerschütterliches, das wird ein Regen — ein großer mit Reigen

zu vergleichen — versucht, das entschwindende Glück noch einmal zu halten durch Untopfer und Gewalt? Hat nicht ein Jar versucht, seinen schwanken Thron von neuem zu stützen durch Hüßfladen und Kerkerkräften? Hat nicht ein Eudendorff sein Schicksal zu meistern gewöhnt dadurch, daß er noch einmal Befehlsmägen von Menschenleibern opferie und das ganze Land terrorisierte? Sie sind alle ihrem Geschick nicht entgangen und so wenig die Hüßler des Jaren mit Säulen, Stechen und Wörden ihres Herren Haus hüten konnten, so wenig die im Namen der Regierung Ebert-Scheidemann - würgenden Generale und Obersten.

Denn mag einer noch so sehr hucheln mit den Armen und drohende Gebärde zeigen: er fällt, wenn die Erde wankt. Und was ist es denn anderes, als daß die Fundamente schwanke, auf denen das ganze Gewaltregiment aufgebaut ist?

Die wirtschaftliche Krise schreitet voran. Die Zahl der Arbeitslosen steigt grauenvoll. Die Rohstoffe mangeln. Die Kohle fehlt. Die Eisenbahnen sind desorganisiert und leistungsunfähig. Der Hunger wächst. Die Streiks nehmen zu. Die Regierung, die die Freiheit verheißt, hat nun den Tüffel, die den Frieden verheißt, hat nur den neuen Krieg gegen Rußland, die Brot verheißt hat nur die Not.

Das deutsche Proletariat wacht auf. Drei Monate kostbarster Zeit hat es verloren, indem es einem Irrglauben anhängt, dem Wahne vom „Sozialismus“ der Ebert-Scheidemann, dem Wahne von der Verständigung mit dem Kapitalismus. Es war schon nahe daran, sein bestes, die Arbeiter- und Soldatenräte zu verlassen, um das Anklagen einer Nationalversammlung: nun bekennt es sich.

Es hat den Wahlansatz gesehen. Es hört die Bourgeoisie heulen. Es weiß, was es von der Nationalversammlung zu erwarten hat. Neben und papierne Beschlüsse und die Reaktion in der Tat.

Jawohl. Die Arbeiter- und Soldatenräte erwachen zu neuem Leben. Die Soldatenräte haben in der „Neuregelung“ der Kommandogewalt, b. h. in der Wiederherstellung der alten Kommandogewalt das Ziel der Wege gesehen, den die Ebert-Scheidemann sie führen wollen.

Die Blutbäder auf den Straßen, die Giftlosigkeit und Brutalität in den wirtschaftlichen Fragen haben dem Proletariat in den Fabriken den Weg gezeigt, den die Ebert-Scheidemann sie führen wollen, zurück in die alte Sklaverei.

Die Soldatenräte sind erwacht, die Arbeiterräte stehen auf, sie zeigen neues Leben.

Nest steht so deutlich vor aller Augen da: es gibt nur zwei Wege für das Proletariat. Bleiben im Kapitalismus, in der Unterdrückung, in der Hungersnot, in der Anarchie, unter dem hängenden Tüffel und der schließenden Pistole, kurz unter Ebert-Scheidemann oder vorwärts zur Freiheit, zum Lichte, zur Menschenwürde, zum Sozialismus.

Die Frage ist gestellt. Das Proletariat wird sie beantworten. Da helfen keine „Vorwärts“-Lügen mehr und keine Nosteschen Ordnungstüpfel: wir sind in die zweite Revolution eingetreten. In die Revolution, in der nicht um ein fürkentrunden gerungen wird, sondern um das Sein des Kapitalismus, die nicht gegen Wilhelm geht und seine Schranken, sondern gegen die neuen Kräfte des Kapitalismus: Ebert-Scheidemann und ihre Schergen.

Die Ebert-Scheidemann haben unsere Führer mordeten lassen und haben geglaubt, im Führer das Proletariat zu mordeten.

Sie haben uns Menschen schmer getroffen: sie haben uns vollstlich nur geküßt. Denn gibt es etwas Aufreizenderes als die Justizkomödie, die die Ebert-Scheidemann jetzt müssen anführen lassen, um ihre Schuld zu vertuschen? Hat etwas die Selbsterkenntnis des Proletariats und die Erkenntnis seiner Henker mehr erschreckt als der Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht?

Wir werden den Weg der Revolution weiter gehen, getreu unserem Programm. So wie wir frei und offen und nicht wie der Fuchs von den Trauben sagen, daß wir in den vergangenen Wochen die Regierungsgewalt nicht gewollt haben und daß das, was politisch war an jener Bewegung, nicht aus unserem Kreise kam, so sagen wir auch weiter: die Voraussetzung für die Machtübergang durch das Proletariat ist die Ueberzeugung und der Will der überwiegenden Mehrheit

des Proletariats zur Erreichung dieser Macht und zum diktatorischen Gebrauch dieser Macht gegen die Bourgeoisie. Und diese Stunde naht und die zweite Revolution wird sie bringen.

Die wird die Ebert-Scheidemann aufstehen mit jedem Heer und der Kommunisten, der Wille des Proletariats zur Macht und zur Vernichtung des Kapitalismus wird herrschen, in kurzem Herrschaft sein. Trotz alledem.

Niederwerfungsstrategie der Gegenrevolution.

Die Gegenrevolution ist marschieren. Neue Kriegsschiffe sind erschlossen. Die Kriegsmaschine, wie sie in Holland, an der Maas, an der Dwina, an der Dnieper und am Pjlowe saugte und respektierte, ist wieder in Betrieb. Divisionen mit vollbesetzten Stäben, mit Artillerie, Kavallerie und Infanterie, mit Mitrailleurs, mit Maschinengewehren und Gasbläsern sind aufgestellt. Die Führer der professionellen Leichenfledderer, die Kriegsbekämpfer mit felegminischer Begünstigung, sind zur Stelle. Der Angriff gegen Spartakus, der sich gegen die Revolution ist im Gange.

Die Divisionen unter dem Divisionär Gerstenberg ist gegen Bremen marschieren. Die Kampagne war schon im vollen Gange. Die gegenrevolutionäre Presse vom "Vorwärts" bis zur "Deutschen Tageszeitung" hatte für Stimmung gesorgt. Raub, Mord, Plünderung, Mißwirtschaft, mit einem Worte: "Spartakus" ist die Flügel aus den Zeitungspalten heraus, der Arbeiter hatte die vorläufige, permanente Organisation der revolutionären Kampfbereitschaften von der "Spartakusgruppe" her, die Junger im Offiziersrock, die bürgerliche Jugend, Anführer, Organisationsleiter, wurde konzentriert und in Marsch gesetzt. Und dann erfolgte die Welt: Ebert, Scheidemann, Noske führen Krieg gegen Bremen.

Warum gegen Bremen? In Bremen war alles ruhig, außer Frieden. In Bremen hatte sich die Revolution ohne Schwere durchgesetzt. Kein Pulch war von revolutionären Kämpfern gemacht worden. Kein Blut war geflossen. Aber die Bremer Arbeiterschaft hatte sich in den Besitz der öffentlichen Gewalt gesetzt und sie stützte sich auf die entschlossene Macht bewaffneter Arbeiterbataillone. Diese Machtverhältnisse durch das Bremer Proletariat war kein leichtfertiges Abenteuer. Sie war die Konsequenz aus der Entwicklung der Revolution. Die revolutionäre Energie der Bremer Arbeiterschaft ist das Ergebnis einer tiefgehenden Schulung. Bremen ist das Gegenstück zu mancher traurigen Erfahrung in anderen Städten, wo die politische Schulung verlobdet wurde. Auf den Krieg und auf die Parteiliste waren die Bremer Arbeiter wohl vorbereitet. Während des Krieges wurde zuerst und am gründlichsten die innere Aktion in den Arbeitermassen erreicht, indem die Arbeiter selber jede Entscheidung fällten. Das war Vorbereitungsarbeit für die Revolution, die in Bremen mit ruhiger Entschiedenheit bis zu dem Moment durchgeführt wurde, wo die tatsächlichen Machtverhältnisse forderten, daß die Arbeiter das Steuer des Kleinstaates in die Hand nehmen. In Bremen selber war die Position der Arbeiter und ihrer Vollbeauftragten gesichert. Aber Bremen ist nur ein Kleinstaat und es zeigte sich, daß dieser Vorzug der Revolution sofort den Einbruch der gesamten Macht der Gegenrevolution andauhaltend hatte: die in den Vordergrund konzentrierte Macht des Kapitals und des Soldatenheer der Regierung.

Der Kampf um Bremen lehrt die Arbeiterklasse zweierlei: Er offenbart, daß der revolutionäre Kampf tatsächlich ist der Kampf gegen den Kapitalismus, in dem der Sieg nicht auf einem Teilgebiet errungen werden kann, sondern auf der ganzen Front erstrebt werden muß. Er hat aber zugleich die Blutgelüste der Herrschenden des Kapitals, der Ebert, Scheidemann, Noske offenbart. Hier sollte jeder Vorwand, hier zeigte sich die "sozialistische" Regierung nicht als die organisierte Gegenrevolution. Die Frucht dieser Erkenntnis wird reifen ehe man es denkt.

Die Bremer Arbeiterschaft hat es auf einen offenen Kampf nicht ankommen lassen. Sie hat den vorgehobenen Finten geräumt. Ihre Kapitulation war ehrenvoll. Ihre Bereitschaft zum Kampfe und die Unterstützung durch das 9. Armeekorps haben den Einzug der Gerstenberg vorbereitet. Die Regierung hat die Entwaffnung des Bremer Proletariats erzielt, aber sie hat eine moralische Niederlage erlitten.

Was denkt sich die Regierung, was denkt Herr Noske? Wahrscheinlich werden sie gegen Braun-schweig, gegen Düsseldorf daselbe Manöver versuchen, um auf diese Weise der Revolution den Garaus zu machen. Die Presse ist bereits voller Lügen und Drohungen. Herr Noske ist offenbar Lubendorffs Rührer zu Kopf gestiegen. Auch er will als großer Niederwerfungsstrategie gelten. Aber er verpißt, daß Lubendorff sich totgesetzt hat. Wie Lubendorff außer acht ließ, daß der Entente täglich neue Kräfte zuwachsen, so bedenkt Herr Noske, sein Pöbel, nicht, daß sich die Revolution immer tiefer ins deutsche Volk einnistet. Ein wahrhaftiger Gedanke, die Revolution militärisch niederzuwerfen! Die Revolution ist ein großer sozialer Prozess, in dem der Kampf mit der Waffe in der Hand nur Epochen sind. Die Regierung sollte ein Wunder, sie die wirtschaftlichen Fragen der Zeit, sie rette die Wirtschaft vor dem Zusammenbruch, sie

rette den Kapitalismus und sie wird die Revolution besiegen. Aber das ist ihr unmöglich. Was sie tut, heißt nur den Zusammenbruch beschleunigen, und beschleunigen werden Abenteuer wie der Feldzug gegen Bremen nur ihre eigene Katastrophe.

Bremen, 2. Februar.

Ergebnis der am 2. Februar, 8 Uhr morgens, stattgefundenen Verhandlungen zwischen Bremer Volksbeauftragten, Vertretern des Bremer Soldatenrates und Bremer Reichswehrsoldaten, Vertretern der Division Gerstenberg, Vertretern des Obersten Soldatenrates Groß-Hamburg, des Arbeiter- und Soldatenrates Oldenburg und des Korps-Soldatenrates des 9. Armeekorps unter dem Vorste des Genossen Lambi, 1. Vorsitzenden des Obersten Soldatenrates Groß-Hamburg:

Die Volksbeauftragten Bremens sind bereit, auf Verlangen der Reichsregierung zurückzutreten. Die bewaffnete Arbeiterschaft Bremens ist bereit, an den Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps alle Waffen und Munition abzuliefern.

Der Oberste Soldatenrat Groß-Hamburgs und der Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps verhängen sich für die Durchführung der Unterabsetzung und für Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen.

Die Reichsregierung Bremens und sämtliche Vermittler erkläre von der Reichsregierung die sofortige Zurückziehung der Division Gerstenberg, da deren Auftrag reitlos erfüllt ist.

Die Division Gerstenberg erklärt, im Laufe des 2. Februar in die Stadt Bremen und in Umgebungen nicht einzumarschieren, falls kein Einverständnis von außen erfolgt.

Die Genossen Lambi (Stehener Ausschuss Groß-Hamburg), Breite (Stehener Ausschuss Groß-Hamburg) und Graeger (Arbeiterrat Oldenburg) werden der Stadtkommandantur Bremen zur Kontrolle beigegeben und halten die Verbindung mit der Division Gerstenberg aufrecht.

Genosse Lambi vom Zentralrat und Leutnant H. Briggeloh (Leutnant als Vertreter der Division Gerstenberg) überbringen dieses Abkommen der Reichsregierung.

Lambi-Hamburg; H. Erlinger; A. Dreimann; Franz Antonies; vom Rat der Volksbeauftragten Bremen; Balaano; Schindlerbauer und Scheller als Vertreter der Reichsregierung; Graeger (Arbeiterrat Oldenburg); Reich (Stehener Ausschuss Groß-Hamburg); Tiedemann und Brack (Soldatenrat Bremen); Pool (Korps-Soldatenrat des 9. Armeekorps); Wehrens (Landtagsabgeordneter Oldenburg); Hauptmann Danner und Leutnant von Briggeloh (Division Gerstenberg).

Eine Gedächtnisfeier

Für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg hatte die Kommunistische Partei gestern im Lehrervereinshaus für die Parteimitglieder veranstaltet.

Der Saal war stimmungsvoll dekoriert. Der Vortragsvorhang war mit Porträts der beiden Toten geschmückt; im Vordergrund der Bühne war ein Stipshaus von Liebknechts Totenmaske aufgestellt.

Die Feier wurde eingeleitet durch das Divisions-Orchester, das unter Leitung des Dirigenten Scheinplung "Eisfriede Tod" aus der Götterdämmerung von Rich. Wagner, sowie "Mir" von Joh. Seb. Bach meisterhaft zu Gehör brachte.

Dann sprach Genosse Winkwitz den folgenden von Bruno Schönlank verfassten Prolog:

Dunkle Schwerkraft darf uns nicht umnachtet —
Brüder, Schwärtern, ewig löst ihr Wort,
und die Herzen, die sie hell entzündet,
erlebt ihr Tod zu höherem Leben fort.
Abgrundtiefen soll ihr Blut durchschauern,
hinzu Rächte trübet roter Schein,
und der Namenlosen Trauern
Soll der Kampf um ihre Menschheit sein.
Mehr wie einer ist von uns gerufen,
Der dem Schicksal seine Stirne bot,
Nicht den beiden mahnendes Geschloß —
Wir dem Gedank unser Sieg anlehnt.
Unser Sieg — Ihr könnt ihn nicht erschlagen.
Giner fällt und tausend stehen auf.
Koch ein Hund, ein Störchen und ein Regen ...
Strahlend nimmt er seinen stolzen Lauf.

Genosse Levi hielt die Gedächtnisrede. Er erinnerte zunächst an die unglücklichen Toten, die in dem verbrüderlichen Kriege Wilhelm II. und seinen Hintermännern gefallen sind, gedachte der Toten vom 9. November, 6. Dezember und 23./24. Dezember 1918 sowie der Noche vom 6. bis 19. Januar 1919 und gab dann ein Lebensbild der beiden Toten, schilderte ihren Befernernut, die für das Proletariat gelebt haben und dafür gemordet worden sind — und deren Wieder von der Regierung Ebert-Scheidemann unbekannt bleiben. Wenn auch die beiden toten Vorkämpfer für uns (siehe unerschlaglich) sind, so werde doch unsere Sache deswegen nicht zugrunde gehen, neue Kämpfer werden auferstehen und uns zum Siege führen.

Da es den russischen Genossen durch unsere "sozialistische" Regierung unmöglich gemacht war, an der Feier teilzunehmen, hatte Genosse Jabel seine Trauerrede von Wilna aus überbracht; sie wurde von einem tiefen Genossen verlesen und machte einen tiefen Eindruck.

Alsdann spielte das Orchester den Trauermarsch und den 4. Satz aus der "Eroica"-Symphonie von Beethoven. Damit hatte die stimmungsvolle Feier ihr Ende gefunden.

Politische Uebersicht.

Die neueste Waffe der Ebert-Regierung.

Düsseldorf, 2. Februar.

Der Düsseldorfer Arbeiterrat hat an den Berliner Zentralrat nachfolgendes Telegramm gerichtet: Rheinische Metallwerke Düsseldorf, meine 1. Februar 1900 Wagnis verlassen, weil meine Aufträge vorhanden. Werkstätten für Lokomotivbau eingerichtet, in der Lage, im Monat 25 Maschinen zu liefern. Ministerium für öffentliche Arbeiten verweigert Aufträge. Was nun? Sofortige Antwort. Arbeiterrat Düsseldorf.

Was liegt der Ebert-Regierung daran, ob die Produktion im Gange gehalten wird, wenn nur das revolutionäre Proletariat getroffen wird?

"Sozialismus ist Arbeit" schreiben Tag für Tag die Alerungsplakate.

Der Ebertsche Sozialismus ist kapitalistische Fronarbeit oder, wenn der Kapitalismus bedroht ist, zwangswelcher Maßnahme.

Alle Mittel sind recht, wenn das heilige Kapital seine Schutzpatrone um Hilfe ruft.

Kapitalistische Anarchie oder Sozialisierung?

Deutschland steht vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Die gesamten Produktionsverhältnisse sind außer Rand und Band, das Schicksal droht das Leben zu vernichten.

Wo ist die Rettung?

Es gibt nur einen Weg: Die massenhafte Organisation des Proletariats.

Sie ist wahrhaftig nicht leicht zu bemerken. Vier Jahre Krieg haben die Produktivkräfte aufs Äußerste geschwächt; Deutschland bleibt nach wie vor dem Weltmarkt abgeschnitten; die Wirtschaft, die es ermöglichte, daß mit roher Gewalt in den gewaltigen nördlichen und südlichen, Polens, Bulgariens, Belgiens und Nordfrankreichs Lebensmittel und Rohstoffe für den deutschen Bedarf gepflündert wurden, hat aufgehört; Millionen von Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten, die in Deutschland frondeten, sind den Betrieben entzogen worden. Auf der anderen Seite stehen wir vor der gewaltigen Aufgabe, die Industrie, die bisher in der Hauptsache Nordwestdeutsche produzierte, wobei den Kapitalisten ungeheuerliche Profite zugeflossen wurden, auf die normale Tätigkeit einzustellen und gleichzeitig die Produktivkräfte der Landwirtschaft auf Höchstleistung zu steigern.

Wir haben angeht eine "sozialistische" Regierung. Was hat sie in den drei Monaten ihres Bestehens getan, um dieser Aufgabe gerecht zu werden? Gar nichts! In verbrochenerem Gleichmaß läßt sie den Kapitalisten jedes Spiel, demüßigt dagegen mit Verfehlung jede Bewegung der Arbeiterklasse, die Neuregelung des wirtschaftlichen Lebens in die Hand zu nehmen.

Deutschland braucht Kohlen, um seine Industrie im Gange zu halten und um den Verbrauch an Rohstoffen und dem Zufuhr; es gilt die Produktion der Eruben mit allen Mitteln zu steigern. Die Aufgabe ist nicht leicht. In diesen Eruben wurde vier Jahre lang ununterbrochen gebaut; diese von ihnen sind heute in einem solchen Zustande, daß die Gefahren des Beckenabbaus höchste gefordert sind. Es fehlt an Arbeitskräften, weil die Gefangenen fort sind. Es fehlt an Grubenholz. Was wäre da zu tun? Jedem Einfalligen ist klar: unter diesen Umständen muß jede, aber auch jede Rücksicht auf die Profitinteressen zurücktreten. Es gilt die Eruben instand zu setzen und Kohle zu fördern um jeden Preis, hauptsächlich um jeden Preis. Darauf lassen sich die Unternehmer nicht ein? Zum Teufel mit den Unternehmern! Soll Deutschland zu Grunde gehen, weil den Kohlenmagnaten die Profitinteressen das höchste sind? Es gibt nur den einen Ausweg: Sozialisierung des Bergbaus! Die deutschen Bergarbeiter, die Steiger und die Ingenieure sind bereit zu arbeiten; die Entlohnung ist soweit gebrochen (infolge der Subvention, der gesamten Organisation des Bergbaus), daß die Sozialisierung in die Hände der Arbeiter durchgeführt werden kann. Was aber tat die "sozialistische" Regierung? Sie läßt den Kohlenmagnaten den Betrieb systematisch sabotieren, die Arbeiter in Streiks treten!

Solange die Regierung in den Händen der Ebert, Scheidemann und Noske ruht, den seltenen Anzeichen der Konterrevolution, ist die Kohlenfrage nicht zu lösen. Die Lösung lautet: die Kohlenfrage der Nation, den Bergarbeitern Freiheit des Handelns und alle Unterstützung seitens einer proletarischen Staatsgewalt und Deutschland wird zur Genüge Kohlen haben.

Die zweite dringende Frage ist die Frage des Transportes. Die Eisenbahnen sind ruiniert durch die Kriegswirtschaft. Es gilt sie leistungsfähig zu machen. Die Mittel sind vorhanden. Geschulte Arbeitskräfte sind zur Genüge vorhanden, auch an Material fehlt es nicht. Warum also werden nicht alle Kräfte angebannt, um neue Lokomotiven zu bauen, die vorhandenen auszubessern? Weil bei der kapitalistischen Anarchie den Unternehmern der Aufbruch gleichgültig ist! In den Eisenbahnwerkstätten fehlt es an Maschinen und an Werkzeugen, aber die Fabriken, die mit Beihilfe von der Kriegsproduktion zur Herstellung dieser Werkzeuge übergehen können, schließen ihre Betriebe, werfen zu Tausenden ihre Arbeiter auf Pflaster und — die "sozialistische" Regierung unterstügt sie in dieser Sabotage! Die Herren Kapitalisten erklären hundertmal, der Betrieb renkt sich nicht. Zum Teufel mit der Ruhe! Wir brauchen jetzt nicht Ruhe für das Kapital, wir brauchen Eisenbahnen im vollen Betriebe. Wenn die teils die Industrie das nicht leisten will, so müssen die Profitschüler und Rentnerbesitzer befristet werden. Auch hier sind die Dinge soweit gebrochen, daß die Sozialisierung der Fabriken mit Hilfe der Arbeiter in kürzester Frist zu bewerkstelligen ist.

In kürzester Frist beginnt die dringende Arbeit der Geldentwertung. Der Ader bedarf der betrübenden Arbeit, die Arbeiter leisten. Was hat die Regierung getan, um die Befestigung des Bodensicher zu stellen? Gar nichts! Sie ist mit dem Norden vollstet beschäftigt, hat keine Zeit, an die Sicherung des Lebens zu denken! Was wäre zu tun? Es müßten schon heute unter hundertblager Meinung Pläne für die inneren Bodenbefestigung ausgearbeitet sein. Es müßten sofort alle verfügbaren Kräfte mobilisiert werden, um Arbeiter aus Land zu werben. Das könnte in der Weise geschehen, daß Kolonnen von Arbeitern gebildet werden, die im Süden, wo die Befestigung früher beginnt, die Arbeit beginnen, dann nach Mitteldeutschland und schließlich nach dem Norden gehen. Die Kolonnen, Arbeitsgenossenschaften, müßten mit allem notwendigen Gerät ausgestattet sein, sie müßten feste oder transportable Baracken mit sich führen, ihr Transport müßte wohlorganisiert sein. Nicht es dagegen den Güterbesitzern und Großbauern überlassen, was sie tun wollen. So ist leicht voranzufahren, was geschehen wird diese Verbrochener werden nach wie vor Hungerlöhne zahlen wollen, werden, wenn sie gegen solchen Lohn keine Arbeiter finden, einfach den Boden unbesetzt lassen. Bleibt das Profitinteresse ausschlaggebend, so wird Deutschland verhungern. — Die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske tut nichts und kann nichts tun, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln zu fördern, weil sie nicht mag, die Produktionskosten der Bodenbesitzer anzuhängen.

Während die Regierung in ihrer verbrocheneren Entschlossenheit und Verlogenheit verharret, schmiedet sie eifrig Pläne gegen die Arbeiter. Mit den reichsten Mitteln soll gegen die Arbeitsteilen vorgegangen werden, die Kräfte zu einem System der Arbeitsteile sollen vernichtet werden. Aber die Arbeiterkräfte einzeln und allein können bei dem heutigen Zustand politische und Sozialist entwickeln, um die Produktivkräfte zu heben und wo notwendig, die Landstände der sabotierenden Unternehmer zu brechen.

Wir stehen vor der Entscheidung. Nicht die konterrevolutionäre Regierung der Ebert-Scheidemann-Roske am Ruder, dann haben die Kapitalisten gewonnenes Spiel, dann herrscht Ruhe und Ordnung, die Profitstreben bleiben gewahrt, aber über das deutsche Volk bricht eine ungeheure Katastrophe herein. Oder aber die Arbeiterklasse nimmt ihr Schicksal in die eigene Hand, organisiert die Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage und sichert sich eine bessere Zukunft.

Aus den A- und S-Räten.

Wahl eines Zentralrats beim Gardekorps.

Der militärische Ausschuss des Vollzugsrats Groß-Berlin hat durch den Soldatenrat beim Generalkommando Garde alle Soldatenräte des Gardekorps telegraphisch zu Montag, den 2. Februar 1919, vormittags 10 Uhr nach dem Plenarsitzungssaal des Herrenhauses (Eingang Leipziger Straße) eingeladen. Auf je 100 Mann Kopfzahl ist ein Delegierter zu entsenden.

Tagesordnung:

1. Wahl eines Korps-Soldatenrats.
2. Wahl von 2 Delegierten zur Reichskonferenz am 4. Februar 1919.
3. Diskussion.

Ein neuer Rätekongress.

Die immer drohender werdende Gefahr, daß mit dem Zusammenbrechen der Nationalversammlung der letzte Rest des Rätegesetzes, die längst schon inkubiert gewordene Form selbst der Räte verschwinden werde, hat den Berliner A- und S-Rat in seiner Sitzung vom Freitag, 31. Januar veranlaßt, an alle deutschen A- und S-Räte einen Aufruf zu richten, in dem der Zusammentritt eines neuen Rätekongresses gefordert wird. In der mit 492 gegen 362 Stimmen angenommenen Entschließung heißt es:

Die am 31. Januar 1919 in der Philharmonie tagende Volkerversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins sowie der kommunalen Arbeiter- und Soldatenräte der Groß-Berliner Gemeinden fordert den Zentralrat der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands auf, einen allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands einzuberufen, der an der Nationalversammlung und an dem Entwurf des neuen Verfassungsgesetzes teilzunehmen und über das weitere Wirken und die haushälterische Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zu entscheiden hat.

Die Regierung hält diese Entschließung für bedeutungslos, für eine Zufallsbestimmung eines beliebigen A- und S-Rates. Sie wird sich lächerlich machen. Es kann nach der Stimmung, die in den letzten Tagen in den A- und S-Räten ganz Deutschlands zum Ausdruck gekommen ist, kein Zweifel sein, daß die Berliner Forderung überall Zustimmung aufgenommen werden wird. Dann kann sich der Zentralrat, so sehr er sich auch sperren mag, der Einberufung eines neuen Kongresses nicht widersehen.

Er würde ja schließlich auch ohne formale Einberufung durch seinen Rat und so sich ver sammeln können.

Es ist also mit dem Zustandekommen des zweiten deutschen Rätekongresses zu rechnen. Wie steht es zur Nationalversammlung, die gleichzeitig fern von Weimar, in Weimar, liegt? Sein Zweifel, daß der Rätekongress ihr gegenüber das größte Maß an Autorität besitzt. Er ist kraft des Rechtes der Revolution Träger der obersten Staatsgewalt, und alle in Befugt, einen neuen Zentralrat zu wählen und dadurch auch unter den Volkbeauftragten einen Personenwechsel herbeizuführen. Mag auch die Nationalversammlung Präsidenten und Minister wählen, ohne Zustimmung des souveränen Rätekongresses wird sie nie die Staatsgewalt erlangen können.

Aber Verfassungsfragen sind Machtfragen. Wer Regieren will, steht jetzt schon fest. Nicht als ob wir die Nationalversammlung auseinanderbringen wollten; solche Pläne existieren nur in der Phantasie der Scheidemannier. Wohl aber wird die Verfassung sich bald selbst unmöglich machen. Die Wiederanrufung der alten Gespenster: Kaiserium als Präsidium, Ebert oder Braun, Bundesrat und Reichstag wird auch dem Blödesten zeigen, um was es geht. Glaubt jemand im Ernst, diese Spukgestalten seien fähig, das Volk, die Hungersnot, die Arbeitslosigkeit zu beschwören, die Produktion zu heben? Das einzige Mittel, das Erfolg verspricht, die Sozialisierung, kann und will die Nationalversammlung nicht anwenden. Aus der Anarchie, in die wir durch die Regierung, trotz und mit der neuen Gewaltpolitik hineintreiben, kann aus nur ein Rettung, der entschlossene Wille des Proletariats und seiner Organisation, des Rates in ihm.

Die Räte auf ihre große, schöne Aufgabe vorzubereiten, dazu mag vor allem der zweite Kongress dienen. Er wird dazu am fähigsten sein, wenn er anders aussieht als die Versammlung vom Dezember. Die Wiederholung dieser Arristokratie eines Rätekongresses ist heute zwar schon unmöglich. Selbst die Delegierten, die damals willenlos sich dem Diktat der Ebert- und Reizneri fügten, würden heute aufbegehren! Aber diese Delegierten dürfen überhaupt nicht wiederkehren.

Neuwahl, Reinigung der Räte — das ist jetzt das erste Erfordernis. Weg mit allen Scheidemannern, allen Faschern. Die Arbeiter mögen in den Betriebsversammlungen sofort alle Vertreter des Proletariats, alle Schwankenden ausschließen und entschlossene Männer in die Räte entsenden. Und auch diese sind dann zu kontrollieren. So wird ein lebendiger Zusammenhang zwischen Betrieb und Arbeiterwelt geschaffen und der Grund gelegt, auf dem der zweite Rätekongress bauen kann.

Der bayerische Landesratsrat gegen die Freiwilligenverbände.

T.U. München, 1. Februar.

Der Vollzugsrat des Landesratsrats Bayerns erließ eine Anordnung, in der die bayerischen Soldaten vor dem Aufruf des Berliner Oberbefehlshabers Roske zur Bildung eines freiwilligen Grenzschutzes gewarnt werden.

Der Kampf um die Kommandogewalt.

In der Zeit, in der unsere Zeitungen nicht erscheinen konnte, hat die Ebert-Regierung es verstanden, die ihr eine so willfährige Soldatenräte, die ihr so gefällig die Nationalversammlung appelliert hatten, geschlossen gegen sich aufzubringen. Ursache der Opposition ist die Regelung der Kommandogewalt durch Herrn Roske und den Kriegsminister. Auf Betreiben der Deputation der Gardebataillon, die am 17. Dezember im Rätekongress erschienen war und im wesentlichen die Anerkennung der Kommandogewalt der

S-Räte gefordert hatte, hatte sich dann der Kommandant unter starker Abmildung dieser ersten Forderungen auf 7 Soldatenwünsche, die sog. 7 Hamburger Punkte, geeinigt. Aber selbst diese wurde die Regierung, die immer mehr Angehörige der Offiziere und Wehrgehörigen geworden ist, nicht durchzuführen. Was sie stattdessen hervorgebracht hat, ist ja bekannt genug. Alle Zeitungen haben über diese „Neuregelung der Kommandogewalt“ berichtet. Sie bedeutet Wiederherstellung, ja Befestigung des alten Militarismus, Befestigung der Soldatenräte. Der Kadavergehor-sam soll wieder gelten.

Die S-Räte konnten solche Tollheiten sich nicht gefallen lassen. Sie erhoben sich allseitig gegen diese Befestigung ihrer bescheidensten Wünsche und haben es durchgesetzt, daß am 4. Februar eine Delegiertenversammlung der S-Räte sämtlicher Armeekorps mit der Regierung über die Ferordnung verhandelt.

Ob diese Verhandlungen freilich für die Soldaten erfolgreich sein werden, ist mehr als zweifelhaft. Der Zentralrat hat bereits erklärt, daß an eine Abänderung der Ferordnung nicht zu denken sei. In welchem Geiste die Regierung die Besprechungen zu leiten gedenkt, zeigt eine Notiz der ihr nahestehenden F. F. R.:

Die Soldatenräte haben bis zum Tage der neuen Kriegsministerialen Verordnung dem Reiche täglich 200.000 Mark gekostet. Durch die neue Verordnung ist dieser ungeheure Betrag auf 40.000 Mark herabgesetzt worden. Der Widerstand mancher Soldatenräte gegen die neue Regierungsmassnahme wird dadurch in eine ganz eigenartige Beleuchtung gesetzt.

Daß einzelne Soldatenräte in der Bewilligung von Gehältern an sich selbst nicht knauserlich gewesen sind, beweist nichts deutlicher, als der Zentralrat der Marine, indem seiner Mitglieder einen Monatsgehalt von 1200 M bewilligt hat, was einem Jahresgehalt von 14.000 bis 15.000 Mark entspricht. Dieses Gehalt ist nur um ein geringeres kleiner als das eines Unterstaatssekretärs.

Statt grundsätzlicher Auseinandersetzung über die durch die Revolution herbeigeführten Änderungen in der Kommandogewalt, über die schmutzige Verleumdung eine Neuauflage des stinkuligen 800-Millionen-Schwindels, nicht bürgerliche Blätter kämpfen mit diesen Waffen, es bleibt nun einmal das Vorrecht der Scheidemannier, jede Erörterung einer Streikfrage in den Schmutz herabanzulassen.

Dann glaubt aber auch die Regierung die Macht für sich zu haben. Sie läßt sich einfallen, daß die S-Räte nach durchgeführter Demobilisierung jede Bedeutung verloren hätten; Soldaten händen nicht mehr hinter ihnen. Daran mag etwas Wahres sein. Aber dann erhebt sich sofort die Frage: Mit dem Aufgehen des alten Heeres haben auch dessen Offiziere und Kapitulanten zusammen mit den S-Räten jede Existenzberechtigung verloren. Was soll noch die S-Räte und sein Generalkommando, was das Kriegsministerium, wenn es keine Soldaten mehr gibt? Sie sind ebenso zu beseitigen, haben sich durch die Demobilisierung ebenso selbst aufgehoben, wie sie die S-Räte beseitigt haben möchten. Der Streik über die Kommandogewalt ist so auf das einfachste gelöst: Sie ist mit dem früheren Heere verschwunden.

Freilich bleiben noch als Schuttruppe der Regierung die Weissen Garden, die Freiwilligenregimenter. Sie zu beseitigen, ist schließlich zu befehlen, ist die Aufgabe der Revolution. Dazu bedarf es der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, Arbeiter und Soldaten, in der einheitlichen Räteorganisation. Sie mit aller ihrer Macht zu fördern, das vermag auch heute noch die S-Räte, wenn sie sich mit den Arbeiterräten verschmelzen. Gegen die vereinten Proletarier ist die Regierung machtlos.

Zeugen heraus

Die Ebert-Scheidemann-Regierung will versuchen, mit Zuchthaus und Gefängnis das zu vollenden, was der Säbel und die Flinten übrig gelassen.

Wir wollen dem Gericht der Klassenrichter das Gericht der Massen entgegen stellen.

Wir wollen der Vernichtung von Spartakus die Vernichtung der Henker entgegen stellen.

Zeugen heraus!

Wir wollen beweisen, wie im Namen Ebert-Scheidemann und unter dem Kommando Roske die „Ordnung“ hergestellt wird.

Wer die Plünderungen gesehen hat, wer die Diebstähle gesehen hat, wer die Mordtaten gesehen hat, wer den kannibalisch rohen Mord an den Parlamentären aus dem „Vorwärts“ in der Garde-Dragoonier-Kaserne gesehen hat, wer etwas weiß von der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: der melde sich.

Wir wollen den Ebert-Scheidemann vor aller Welt zeigen, wie sie gehandelt haben.

Zeugen heraus!

Meldungen an die Redaktion der „Roten Fahne“, Wilhelmstraße 114 II.

Die jüngsten Streiks.

Die Streiks der letzten Wochen — abgesehen von den politischen Streiks wegen der Ermordung Diebknichts und Luxemburgs — waren insofern von großer Bedeutung, als es sich dabei um Arbeitergruppen handelte, die bisher selten oder garnicht zu diesem Mittel gegriffen hatten, die aber für das Wirtschaftsleben von besonderer Wichtigkeit sind.

Nachdem die Regierung Ebert-Scheidemann, deren eifrigstes Bestreben es ist, den Sozialismus auf spätere Jahrhunderte zu verlagern und für uns und unsere Kinder die kapitalistische Wirtschaftsordnung aufrecht zu erhalten, schon infolge der mehr politischen Streiks der Bergarbeiter im Ruhrrevier und in Oberschlesien mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, kam der Lohnstreik der Eisenbahner, der Hochbahnangestellten und der Straßenbahner in Berlin, der Streik der Strassenbahner in Leipzig usw. Daneben der Streik der Viehhirtenarbeiter in Berlin und Leipzig usw., die Streikdrohungen der

Landwirtschaftler in Brandenburg, die aber keine greifbare Gestalt annahmen, weil ihre Forderungen von der entrüsteten Stadtverwaltung befriedigt wurden.

Die kapitalistische Presse lobte. Denn solange der Streik nur den einzelnen Unternehmer trifft, gleißt er das gefasste kapitalistische Getriebe nicht unmittelbar in Mitleidenschaft. Viel schlimmer für den Kapitalismus, wenn die Verkehrsarbeiter und verwandte Berufsgruppen streiken; sie entwickeln damit eine Macht, die an den Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung rüttelt. Die Scheidemannier als getreue Anwälte ihrer kapitalistischen Schlinglinge waren ebenso empört über die „Freiwildler“ der streikenden Arbeiter, und sie haben sich für den Streik gerächt: den privatkapitalistischen Verkehrsausbeutungsinstitutionen wurden nach dem Streik Fahrpreise genehmigt, durch die die Ausgaben für die neuen Löhne voll dem Publikum aufgeschult wurden und den Herren Aktionären noch ein schöner Extraprofit in den Schoß fiel. So führen die Scheidemannier den Sozialismus durch; wo der Unternehmer mehr Lohn zahlen muß, dort garantiert ihm die „sozialistische Republik“ einen höheren Profit. So steht der vielgerühmte Abbau der Preise aus!

Nicht minder erwähnenswert sind die Lohnbewegungen der Angestellten bei der Mitteldeutschen Kreditbank in Berlin, wo nicht viel am Streik fehlte. Die neuerlichen Lohnbewegungen der Angestellten der Versicherungsgesellschaften in Berlin und Stuttgart, der kaufmännischen und technischen Angestellten der Industriebetriebe Hamburgs, die Bewegung der Hamburger Seemanns usw.

Nun die politischen Streikerbrüderungen bürgerlicher Gruppen. Die Offiziere sind mankräftiger mit dem Erlaß des Kriegsministers, durch den sie im Grunde in dieselben Rechte wie vor dem 9. November 1918 eingesetzt werden; sie fordern noch weitere Genugtuung. In einer Berliner Versammlung und in einem Flugblatt haben sie ihre Motive aufzählend, zu streiken — ach, wenn sie es doch für immer täten! Die höheren und mittleren Staatsbeamten haben in den Aktionen die Frage aufgeworfen, wann sie das Streikrecht für sich in Anspruch nehmen könnten. Nun, wahrscheinlich dann, wenn sie den Zeitpunkt für gekommen halten, der Regierung Ebert-Scheidemann, die doch nur eine Puppe in ihren Händen und in den Händen der Offiziere ist, völlig den Garaus zu machen.

Und schließlich beabsichtigen die Universitätslehrer und Studenten in Greifswald, sowie die Ärzte der dortigen Kliniken zu streiken, weil auf ihren Gebühden gegen ihren ausbrechenden Willen durch den A- und S-Rat rote Fahnen gesetzt worden sind. Sie wollen die in ihren Kliniken liegenden Kranken verrecken lassen, bis der A- und S-Rat zu Kreuze geschrien ist. Die bürgerliche Presse, die über jeden Arbeiterstreik schimpft, findet diesen Meuterei ganz in der Ordnung.

Was tut die Regierung? Gegen die bürgerlichen Streiker natürlich nichts; ihnen kommt sie entgegen. Gegen die Arbeiter ließ sie in Oberschlesien und im Ruhrrevier Maschinenarme anfahren. Jetzt vermeldet die kapitalistische Presse, die über die Absichten Ebert-Scheidemanns vorzüglich unterrichtet zu sein pflegt, den Nichtarbeitenden (s. h. den nichtarbeitenden Proletariern) und Streikern wolle man die Lebensmittellagen entziehen und den Arbeitssamara einführen, um eine Umkehrung der Bevölkerung, eine Abwanderung der städtischen Einwohner herbeizuführen. In der „Bolschewistischen Zeitschrift“ wird als die gemeinsame Bekämpfung amtlichen Scheidemannern und bürgerlichen in der künftigen Regierung „eine staatliche Organisation der Abwanderung“ in Aussicht genommen. Das Wort Wilhelm II., eine Horde von Menschen, die nicht wert ist, den Namen Deutscher zu tragen, solle den heimischen Stand von ihren Füßen schütteln, soll amonakweise in die Tat umgesetzt werden. Und alles im Interesse von „Ruhe und Ordnung.“

Streik der Eisenbahner in Ostpreußen.

Infolge der Arbeitsmangel der Eisenbahner in Ostpreußen ist die Bahnverbindung Berlin-Altenstein. Die Unfälle sind vermehrt laut der „Menschen Zeitung“ die Unfälle und Abfertigung sämtlicher Güter.

An das

Postamt

Sie

